

Im Fokus: Ungelernte und Arbeitslose

// Was kann Erwachsenenbildung leisten, um in einer gespaltenen Gesellschaft Langzeitarbeitslose, prekär Beschäftigte oder geflüchtete Menschen zu stärken? Darüber hat die „Herbstakademie 2016“ der GEW in Halle an der Saale mit Gästen aus Wissenschaft, Volkshochschulen und Politik diskutiert. //

Der Gast zeigte Lust an der Provokation. Konferenzen, auf denen über Migranten gesprochen wird, erlebe er als „Orte der Borniertheit“, erklärte Pro-



Fotos: Matthias Holland-Letz

Erziehungswissenschaftler Prof. Paul Mecheril von der Universität Oldenburg provozierte während der Herbstakademie der GEW und forderte die Tagungsteilnehmer auf, ihre „eigene imperiale Lebensweise zu überdenken“.

fessor Paul Mecheril. Angeblich gehe es um interkulturelle Kompetenz. Doch gemeint sei, dass geflüchtete Menschen Deutsch lernen, als „Zwangsunternehmen“. Denn: „Wer sich nicht integriert, der fliegt.“ Der Erziehungswissenschaftler an der Universität Oldenburg forderte: „Schaffen wir so schnell wie möglich Strukturen, in denen Ein- und Zuge-

wanderte sagen können, ob sie überhaupt Deutsch lernen möchten.“ Auch die GEW bekam ihr Fett weg. Ob die Gewerkschaft denn bereits ein Mentorenprogramm zugunsten Geflüchteter gestartet habe? Mecheril forderte die Tagungsteilnehmer auf, ihre „eigene imperiale Lebensweise zu überdenken“. Er wies dabei auf eine Fluchtursache hin – die brutalen Arbeitsbedingungen, unter denen in Afrika Coltan gewonnen wird. Ein Erz, unverzichtbar für die Produktion von Smartphones.

Professor Jörg Dinkelaker von der Universität Halle-Wittenberg erinnerte daran, dass Erwachsenenbildung bereits in früheren Zeiten darauf zielte, „gesellschaftliche Spaltung zu überwinden“. Gleichzeitig, so Dinkelaker, habe sie am Entstehen und Aufrechterhalten von sozialer Spaltung mitgewirkt. Als Beispiel nannte er die Arbeiterbildungsvereine im frühen 19. Jahrhundert. Hier habe oft „keine Begegnung von Gleichen“ stattgefunden. Stattdessen lernten Handwerker von gebildeten Bürgern. Die Volkshochschulbewegung, die nach dem Ersten Weltkrieg ihren Aufschwung erlebte, habe die „geistig Suchenden“ versammelt. „Doch das waren nicht alle“, betonte Dinkelaker.

„Bruchlinien“

Und die Gegenwart? Der Wissenschaftler zitierte den ungarischen Philosophiehistoriker Endre Kiss: „Die Spaltung ist ein Produkt des Erstarrens von Bruchlinien.“ Auch heute gebe es zahlreiche gesellschaftliche „Bruchlinien“. Eine verlaufe zwischen den Menschen, die im Grundbildungskurs lesen und schreiben lernen, und jenen, oft „aus dem Bürgertum“, die diese Kurse leiten. Weitere sieht Dinkelaker zwischen „Entwicklungsländern“ und „Wissensgesellschaften“ sowie zwischen „Zuwanderern“ und „Einheimischen“.

In einem der vier Foren präsentierte Anne Beck vom Diakonischen Werk Württemberg das „Welcome Center Sozialwirtschaft“, das das Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg fördert: In einem Pilotprojekt absolvieren zwölf Menschen aus Kamerun, Mazedonien und Afghanistan eine Ausbildung zum Altenpflegehelfer. Dauer: ein Jahr, „bei erhöhtem Sprachbedarf“ zwei Jahre. Beck räumte ein, „dass wir als Sozialträger auch ein ökonomisches Interesse an dem Modellprojekt haben“. Im Raum Stuttgart gebe es viele Häuser der Altenhilfe, die nicht voll belegt sind, „weil Fachkräfte fehlen“.

„Gibt es Erfahrungen mit Abwerbung?“, wollte eine Teilnehmerin wissen. Sie schilderte, was sie in Nürnberg erlebe: Sobald Geflüchtete etwas Deutsch gelernt und erste berufliche Kenntnisse gesammelt hätten, „kommen Firmen und ziehen uns die Jugendlichen ab“. Angelockt vom schnellen Geld landeten diese dann in der Schwarzarbeit, ungeschützt, ohne Sozialversicherung. Beck nickte: „Das Problem kennen wir auch bei uns.“



Prof. Jörg Dinkelaker von der Universität Halle-Wittenberg erinnerte daran, dass es schon immer Ziel der Erwachsenenbildung gewesen sei, „gesellschaftliche Spaltung zu überwinden“.

„Wir müssen uns den Ungelernten und Arbeitslosen widmen“, gab Professor Rolf Dobischat in dem Zusammenhang als Richtschnur für die Erwachsenenbildung aus. Deren Bereitschaft zur Weiterbildung sei gering, „weil sie keine Aufstiegschancen sehen“. Der Bildungsforscher an der Universität Duisburg-Essen befürchtet, dass sie auch bei der Digitalisierung der Wirtschaft „den Anschluss nicht finden“. Er sehe die „Riesengefahr“, dass diese Gruppe „zu den Demagogen überläuft“. Gegenstrategien seien erforderlich.

Keine Aufstiegschancen

Referierende und Diskutierende erinnerten aber während der Tagung auch daran, dass die GEW mit ihren Bündnispartnern Erfolge für prekär Beschäftigte vorzuweisen habe. So gilt inzwischen ein Mindestlohn für die Weiterbildungsbranche (E&W berichtete). Für freiberufliche Lehrkräfte in

Integrationskursen wurden deutlich höhere Honorare erkämpft – 35 Euro pro Unterrichtsstunde. Um weitere Verbesserungen zu erreichen, habe sich aktuell „ein Zeitfenster“ geöffnet, stellte die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe mit Blick auf Geflüchtete fest. Der Grund: „Weiterbildung kann zur Integration beitragen.“ Dazu brauche die Branche mehr Mittel. Im Vorfeld der Bundestagswahlen im kommenden Jahr habe die GEW die Initiative „Bildung. Weiter denken!“ gestartet, mit der sie sich auch dafür stark macht, dass der Staat mehr öffentliche Gelder in den Weiterbildungsbereich investiert.

Rosemarie Hein, Bundestagsabgeordnete der Linken, plädierte für ein „Bildungs-Rahmengesetz“, das dem Bund erlaube, auch im Bereich Weiterbildung aktiv zu werden. Allerdings müsse dazu das Kooperationsverbot, das die finanzielle Unterstützung der Länder durch den Bund in der Bildung

verhindert, gelockert werden. Zudem verlangte Hein, freiberufliche Lehrkräfte sozial besser abzusichern. Ernst Dieter Rossmann, SPD-Bundestagsabgeordneter, erwiderte, dass eine Arbeitsgruppe seiner Fraktion derzeit überlege, wie sich die Situation dieser „Solo-Selbstständigen“ verbessern lasse. Als Möglichkeit sieht er, „die Pflichtversicherungsbeiträge einkommensabhängig zu gestalten“.

Ansgar Klinger, im GEW-Vorstand für Berufliche Bildung und Weiterbildung verantwortlich, appellierte an die Arbeitgeber, „die Beschäftigten der Branche nach Tarif zu bezahlen“ und „damit die Planungssicherheit der Einrichtungen zu erhöhen“. Klinger: „Eine Gesamtstrategie von Bund, Ländern und Gemeinden ist für ein zukunftsfähiges lebenslanges Lernen dringend notwendig.“

Matthias Holland-Letz,
freier Journalist



BSW. Der Vorteil für den Öffentlichen Dienst



Werden Sie Mitglied im Beamtenselbsthilfewerk!

Unser Dankeschön - 10x Autowäsche

Tel. 0800 444 00 120
(gebührenfrei: Mo-Fr. 8:00 - 19:00 Uhr)

www.bsw.de/mitglied2016
Alle Informationen finden Sie hier.